



Nr. 83 | 08.05.2026

Belarus-Analysen

Belarus und der Nahe Osten

KOMMENTAR	
Der Iran-Krieg: Lukaschenko zwischen Loyalität und Kalkül Alexander Friedman (Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf)	2
ANALYSE	
Der Raswodjaschtschij: Lukaschenkas Nahostreise 2025/26 als Ausdruck der beständigen Muster der belarusischen Diplomatie Boris Ginzburg (Freie Universität Berlin)	5
CHRONIK	
Hinweis auf die Online-Chronik	10

KOMMENTAR

Der Iran-Krieg: Lukaschenko zwischen Loyalität und Kalkül

Alexander Friedman (Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf)

Text aktualisiert am 29. März, 2026

Seit dem Frühjahr 2026 richten die USA ihren Fokus verstärkt auf ein von China und Russland geprägtes Netzwerk autoritärer, antiwestlicher Staaten, das die amerikanische Historikerin und Autorin Anne Applebaum pointiert als »Achse der Autokraten« bezeichnet. Während in Venezuela der langjährige Staatschef Nicolás Maduro Anfang Januar gestürzt und entführt wurde, gerät das ohnehin geschwächte kommunistische Regime auf Kuba unter dem wirtschaftlichen wie politischen Druck der USA zunehmend ins Wanken. Das iranische Mullah-Regime, das im Januar die Proteste brutal niedergeschlagen hatte, wird von den USA und ihrem wichtigsten Partner Israel militärisch angegriffen. Bestrebt, ihren zentralen Rivalen, die Volksrepublik China, zu schwächen, betreiben die USA zudem gleichzeitig eine aufwendige Charmeoffensive auf dem belarusisch-russischen Abschnitt der »Achse«, die gerade im Fall Belarus gefruchtet hat, zur Annäherung zwischen Minsk und Washington geführt und unter anderem zur Freilassung von Hunderten belarusischen politischen Gefangenen beigetragen hat.

Wie wurde unter diesen Umständen der Iran-Krieg vom Regime in Minsk und von der belarusischen demokratischen Bewegung wahrgenommen? Kann der Angriff auf einen weiteren »Achsenpartner« Auswirkungen auf das belarusisch-amerikanische Verhältnis haben? Wenn Wladimir Putin im Westen derzeit als zentraler Nutznießer des Konflikts im Nahen Osten gilt, stellt sich die Frage nach der Rolle von Alexander Lukaschenko. Dieser bezeichnet sich selbst als »jüngeren Bruder Russlands« und wird in der EU häufig als »russische Marionette« bzw. »Vasall« charakterisiert, dem in außen- und sicherheitspolitischen Fragen nur ein äußerst begrenzter Handlungsspielraum zugeschrieben wird.

Belarus und der Iran-Krieg

Interessiert sich die belarusische Gesellschaft überhaupt für die Situation im Iran und für den Krieg? Obschon einschlägige Umfragen fehlen, deuten die Berichterstattung in der offiziellen Propaganda und in regimekritischen Exilmedien sowie Reaktionen in sozialen Netzwerken auf ein vorhandenes Interesse hin. Ausschlaggebend für die Einschätzung der Proteste im Iran im Januar 2026 und des aktuellen Krieges scheint dabei vor allem das Verhältnis zum Lukaschenko-Regime, zu den belarusischen Protesten von 2020 und zur Trump-Administration zu sein. Während unter Regimegegnern klare Sympathien für die demokratische Bewegung im Iran – die auch von der seit

2020 im Exil lebenden Oppositionsführerin Swetlana Tichanowskaja zum Ausdruck gebracht werden – sowie Hoffnungen auf den Untergang des iranischen Partners der belarusischen Diktatur zu beobachten sind, solidarisieren sich häufig antiamerikanisch, antiisraelisch und prorussisch gesinnte Sympathisanten des Lukaschenko-Regimes eher mit der Islamischen Republik.

Die belarusische Staatspropaganda, die längst Teil einer verzweigten Propagandainfrastruktur der Russischen Föderation ist, befeuert diese Tendenzen zusätzlich, indem sie – meistens Thesen russischer Medien wiederholend und wie bereits im Zwölfstagekrieg 2025 – die offizielle iranische Sicht sowie antiamerikanische und insbesondere antiisraelische Narrative verbreitet und dabei nicht vor offenen antisemitischen Verschwörungstheorien zurückschreckt. So ist ein in Russland konstruiertes antisemitisches Feindbild einer israelisch-amerikanischen »Epstein-Koalition«, die angeblich den Iran und seine Bevölkerung zerstören wolle, ist auch in Belarus im Umlauf: Als US-Amerikaner jüdischer Herkunft und vermeintlicher Mosad-Informant fungiert der Sexualstraftäter Jeffrey Epstein dabei als Bindeglied zwischen Israel und den USA. Ähnlich wie in Russland geht man mit Washington und vor allem mit dem von Putin und Lukaschenko vor kurzem noch hochgelobten, impulsiven und launischen Präsidenten Trump jedoch deutlich vorsichtiger um als mit seinem israelischen Partner Benjamin Netanjahu: Netanjahu Israel wird im Sinne althergebrachter antisemitischer Stereotype zu einem brutalen Kriegstreiber stilisiert, der Trump auf einen Irrweg gebracht haben soll; die USA hingegen werden weiterhin als bedeutende Supermacht wahrgenommen, mit der Russland künftig Einflusszonen aufteilen und Belarus seine Beziehungen normalisieren möchte.

Obwohl diese Berichterstattung wohl Lukaschenkos eigene Ansichten widerspiegelt – insbesondere die These von Israels Schlüsselrolle wird von ihm hervorgehoben –, agieren der Autokrat und sein Außenministerium bewusst vorsichtig und zögerlich. Minsk stellte sich auf die Seite Teherans, verurteilte die amerikanisch-israelische Militäroperation und insbesondere die Tötung des Obersten Führers Ali Chamenei sowie weiterer iranischer Spitzenfunktionäre. Der iranische Botschafter in Minsk, Alireza Sanei, wurde am 4. März zu Lukaschenko eingeladen und erhielt in den folgenden Tagen zahlreiche Gelegenheiten, seine Narrative und Drohungen gegen Israel und die USA in den belarusischen Staatsmedien zu verbreiten. Ansonsten blenden Lukaschenko – der sich

sonst gerne zu außenpolitischen Themen äußert – und sein Umfeld das kontroverse Thema Iran, ähnlich wie bereits während des Zwölfstagekrieges, weitgehend aus und warten die Reaktionen in Moskau und Peking ab.

Wie bereits im Zusammenhang mit Venezuela und auch mit Blick auf die Situation in Kuba bleibt Lukaschenkos demonstrative Solidarität mit den Partnern der »Achse der Autokraten« auch im Fall Iran weitgehend auf Lippenbekenntnisse begrenzt. Er beschränkt sich bewusst auf das symbolisch Notwendigste oder, wie er selbst betont, auf das, was »auf menschliche Weise« erforderlich gewesen sei: Nach der Tötung Ali Chameneis wurde ein Kondolenzschreiben nach Teheran geschickt, und Modschtaba Chamenei wurde zu seiner Wahl als Oberster Führer gratuliert. Die Ausschaltung der »grauen Eminenz« des iranischen Regimes, des Sekretärs des Nationalen Sicherheitsrates Ali Laridschani am 17. März, der Lukaschenko übrigens persönlich gut bekannt war, wurde in Minsk – im Gegensatz zu Moskau – ignoriert. Die Festgrüße zum Nowruz-Fest und zum iranischen Neujahr wurden zwar übermittelt, jedoch verspätet: Während Putin in seinem Schreiben Modschtaba Chamenei ausdrücklich erwähnte, richtete Lukaschenko seine Glückwünsche lediglich an Irans Präsidenten Massud Peseschkian und an das iranische Volk.

In der Frage der Unterstützung der Islamischen Republik hält sich Putin bislang eher bedeckt: Für Waffenlieferungen aus Moskau gibt es bisher keine Belege; die Qualität der laut westlichen und ukrainischen Presseberichten gelieferten nachrichtendienstlichen Informationen lässt sich indes nicht verlässlich einschätzen. Lukaschenko geht mit diesem Thema hingegen deutlich offener um: Am 20. März ließ er über ihm nahestehende Journalisten verlauten, dass die Lieferung von Waffen, etwa Raketen, angesichts des aktuellen Krieges für ihn nicht infrage komme, da er einen Konflikt mit den USA nicht riskieren wolle. Von der Lieferung humanitärer Hilfsgüter ist bislang allerdings ebenfalls keine Rede.

Obwohl Lukaschenko das iranische Regime als »Freunde« bezeichnet und Moskau sogar eine »strategische Partnerschaft« mit Teheran verbindet, verfolgen beide in erster Linie eigene Interessen, die jedoch weitgehend übereinstimmen. Für Putin wäre ein militärischer Erfolg der USA und Israels, der in einer raschen Schwächung der Islamischen Republik, einer außenpolitischen Neuausrichtung oder sogar einem graduellen bzw. abrupten Regimewechsel in Teheran resultieren könnte, insgesamt ein ungünstiges Szenario, da er den strategischen und wirtschaftlichen Interessen des Kremls in der Region zuwiderliefe. Gleichzeitig könnten jedoch kurzfristig und mittelfristig die unter erheblichem Druck stehende russische Kriegswirtschaft erheblich von steigenden Öl- und Gaspreisen profitieren. Zudem verschiebt der Konflikt im Iran die internationale Aufmerksamkeit weg vom Krieg in der

Ukraine, während Moskau angesichts zunehmender Spannungen zwischen Washington und europäischen Partnerstaaten auf eine abnehmende westliche Unterstützung für Kyjiw sowie auf eine erfolgreiche Fortsetzung seiner eigenen »speziellen Militäroperation« setzen kann. Wenn gleich diese Entwicklungen für Lukaschenko gewisse Risiken bergen, insbesondere bei einer weiteren Zuspitzung des Krieges in der Ukraine, sind sie insgesamt für ihn günstig, nicht zuletzt angesichts der rasanten wirtschaftlichen Abhängigkeit Belarus' von Russland.

Zwischen Teheran, Moskau und Washington: Lukaschenko im Spagat

Lukaschenkos Haltung zum Iran-Krieg wird auch von weiteren Faktoren beeinflusst: von den Beziehungen zu den Golfstaaten, insbesondere zu den Vereinigten Arabischen Emiraten, die unter iranischen Angriffen leiden, sowie von dem Bestreben, die Beziehungen zu den USA aus wirtschaftlichen und politischen Gründen zu verbessern und sein autoritäres Regime zu konsolidieren bzw. zusätzlich abzusichern.

So sieht Minsk derzeit keinen Anlass, den von Trump initiierten »Friedensrat« zu verlassen. Vielmehr ist Lukaschenko bestrebt, sich aktiv an dessen Arbeit zu beteiligen. Die ungünstige außenpolitische Lage stellt dabei kein Hindernis für eine Zusammenarbeit mit den USA dar, die längst zu den außenpolitischen Prioritäten zählt. Das Treffen Lukaschenkos mit einer US-Delegation unter Leitung von Trumps Sondergesandtem John Cole fand wie geplant am 19. März statt. Dabei wurde ein »Deal« ausgehandelt, der zur Freilassung von 250 politischen Gefangenen sowie zur Aufhebung von Sanktionen gegen das belarusische Finanzministerium, einzelne Banken und die Kaliumindustrie, die für die USA angesichts des aktuellen Krieges und seiner Folgen wirtschaftlich bedeutsam ist. Dieser Deal könnte zudem den Weg für weitergehende Vereinbarungen und eine vollständige Normalisierung der bilateralen Beziehungen bis hin zu einem Staatsbesuch von Lukaschenko in den USA ebnen.

Neben wirtschaftlichen und politischen Interessen sowie dem Ziel der Schwächung der »Achse der Autokraten« fungiert Putins und Xi Jinpings Vertrauter Lukaschenko aus Sicht der USA weiterhin als Informationskanal innerhalb der »Achse«, insbesondere von und nach Moskau, was auch im Zusammenhang mit einer möglichen Beendigung des Krieges in der Ukraine von Nutzen sein könnte. Die Freilassung politischer Gefangener wird von den USA zwar stets als Erfolg dargestellt, doch scheinen Demokratisierung und innenpolitische Veränderungen in Belarus nicht auf der Tagesordnung der belarusisch-amerikanischen Verhandlungen zu stehen. Obwohl manche russische Autoren die Annäherung zwischen Minsk und Washington kritisch als »antirusische Aktion« bewerten, erscheinen diese Befürchtungen

gen übertrieben. Die unter demokratischen Aktivisten verbreitete Annahme, die USA wollen die Verbindung zwischen Minsk und Moskau zumindest schwächen, erscheint angesichts der aktuellen russischen Dominanz über Belarus eher unrealistisch. Russland hat daher wenig Anlass zur Sorge: Lukaschenko sitzt am kürzeren Hebel gegenüber Russland, und Moskau ist in der Lage, die Grenzen einer belarusisch-amerikanischen Annäherung zu bestimmen.

Im Zusammenhang mit dem Iran lässt Lukaschenko immer wieder seinen antieuropäischen und antiisraelischen Ressentiments freien Lauf. Diese sollen ihm helfen, zusätzliche Sympathien in Russland, in muslimischen Staaten und auch in den USA (etwa bei Trump und MAGA-Anhängern) zu gewinnen. Bereitwillig greift er Trumps Narrativ auf, wonach die »feigen« Europäer jahrzehntelang von den USA profitiert hätten und Washington im Iran-Krieg »verraten« hätten. In seinen mehr als 30 Jahren an

der Macht wurde Lukaschenko von israelischer Seite wiederholt des Antisemitismus beschuldigt. Durch seine ungeschickten, klischeehaften und antisemitisch anmutenden Äußerungen sicherte er sich einen festen Platz in Berichten des israelischen Diaspora-Ministeriums zum Thema Antisemitismus. Weitere Konsequenzen hatte er bislang jedoch kaum zu befürchten und wird daher wohl auch künftig nicht auf gelegentliche Bemerkungen über »die Juden«, die Trump in den Krieg hineingezogen hätten, verzichten.

Der Iran-Krieg stellt somit eine Chance für Lukaschenko dar. Obwohl er in hohem Maße von Russland abhängig bleibt, versucht er dennoch, seinen begrenzten außenpolitischen Spielraum für eigene Ziele zu nutzen. Angesichts der Fortschritte in den Verhandlungen mit den USA und neuer Möglichkeiten für die belarusische Wirtschaft kann man inzwischen von einem gewissen Erfolg sprechen: Russlands »kleiner Bruder« wird zum »kleinen Nutznießer« des Iran-Krieges.

Über den Autor

Dr. Alexander Friedman ist Historiker und Publizist. Er lehrt Zeitgeschichte und Osteuropäische Geschichte und der Universität des Saarlandes und an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Zu seinen Schwerpunkten zählte in erster Linie Geschichte Osteuropa, Geschichte Israels und der Themenkomplex Antisemitismus.

ANALYSE

Der Raswodjaschtschij: Lukaschenkas Nahostreise 2025/26 als Ausdruck der beständigen Muster der belarusischen Diplomatie

Boris Ginzburg (Freie Universität Berlin)

DOI: 10.31205/BA.083.01

Zusammenfassung

Lukaschenkas Nahost- und Nordafrikareise 2025/26 verdeutlicht die konstanten Muster der belarusischen Außenpolitik unter seiner Herrschaft: die Instrumentalisierung der Diplomatie zur Erlangung internationaler Legitimität, ein stark auf die herrschende Familie zentrierter, personalisierter Entscheidungsstil sowie proaktive – oft disruptive – Bemühungen, sich in globalen Angelegenheiten relevant zu machen. Indem die Reise im Kontext des breiteren diplomatischen Verhaltens Minsks betrachtet wird, argumentiert die Analyse, dass Belarus nicht als passiver russischer Stellvertreter abgetan, sondern als autonomer Störfaktor verstanden werden sollte, der regionale Dynamiken maßgeblich beeinflussen kann. Diese Merkmale haben direkte sicherheitspolitische Auswirkungen auf Europa sowie auf Deutschland und Israel im engeren Sinne, insbesondere im Hinblick auf die Kriege im Iran und der Ukraine sowie die sich abzeichnenden Sicherheitsbündnisse in der sich wandelnden europäischen und nahöstlichen Sicherheitsordnung.

Einleitung

Zwischen dem 27. November und dem 7. Dezember 2025 unternahm der belarusische Machthaber Aljak-

sandr Lukaschenka eine umfangreiche Auslandsreise. Neben Besuchen in zwei asiatischen Ländern (Kirgisistan und Myanmar) konzentrierte sich der international

umstrittene Politiker vor allem auf die MENA-Region (Naher Osten und Nordafrika). Vom 28. November bis zum 2. Dezember 2025 besuchte er das Sultanat Oman. Von dort reiste er weiter nach Algerien. Drei Tage später, am 5. Dezember 2025, flog Lukaschenka zurück nach Oman, von wo er nach zweitägigen Regierungskonsultationen in Maskat am 7. Dezember 2025 in seine Heimat zurückkehrte. Parallel dazu befand sich Lukaschenkas mittlerer Sohn, Dsmityr Lukaschenka, belarusischer Honorarkonsul in Äthiopien und Sonderbeauftragter seines Vaters für Asien- und Afrikaangelegenheiten, zu Regierungsgesprächen in Indonesien. Am 27. Januar 2026 berichtete die emiratische Nachrichtenagentur WAM, dass der älteste Sohn des belarusischen Machthabers, Wiktar Lukaschenka, der zugleich Präsident des belarusischen Olympischen Komitees und persönlicher Nahost-Gesandter seines Vaters ist, den emiratischen Vizepräsidenten Scheich Mansour Bin Zayid Al Nahyan in Abu Dhabi, Vereinigte Arabische Emirate (VAE), getroffen habe. Nach dem Ausbruch des zweiten Irankrieges erfolgten im April 2026 weitere Besuche Wiktars in der Region: Zwischen dem 3. und 5. April 2026 besuchte Wiktar die Türkei, wo er sich mit dem türkischen Geschäftsmann Bilal Erdoğan traf – einem Sohn des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan. Am 22. April 2026 erfolgte ein weiterer Besuch in Oman, gefolgt von einem erneuten Treffen mit dem emiratischen Vizepräsidenten in Abu Dhabi zwei Tage später. Emiratische und omanische Nachrichtenagenturen behaupten, Wiktar habe »private Mitteilungen« seines Vaters an die Anführer beider Golfstaaten übermittelt.

Die Motive der Reise gaben Anlass zu zahlreichen Spekulationen. Belarusische Staatsmedien stellten die Reise als Versuch dar, die angeblich florierenden Wirtschaftsbeziehungen zwischen Belarus und den von Lukaschenka besuchten Ländern weiter zu vertiefen. Belarusische Exilmedien wiesen jedoch auf den minimalen Handel zwischen Minsk und den Gastländern hin und untergruben damit die Argumentation der belarusischen Staatsmedien. Belarusische Oppositionelle im Exil, wie etwa Pawel Latuschka, stellvertretender Vorsitzender des belarusischen Vereinigten Übergangskabinetts, warfen dem belarusischen Autokraten vor, diese angeblichen politischen Reisen als Vorwand zu nutzen, um illegal erworbene Gelder des Lukaschenka-Clans im Ausland zu verstecken und zu waschen. Es gibt jedoch keine konkreten Beweise für diese Behauptung.

Ein weitaus realistischeres Argument, das von Belarus-Experten wie Walery Karbalewitsch vorgebracht wird, ist die Public Relation (PR)-Funktion dieser Auslandsreise: Lukaschenkas jüngste Reise in den Nahen Osten und Nordafrika solle signalisieren, dass der belarusische Staat keineswegs isoliert sei. Im Gegenteil: Er verfüge angeblich neben Europa und Russland über weitere Märkte im Aus-

land. Lukaschenkas eigene Wählerschaft im Inland wäre somit ebenfalls ein potenzieller Adressat dieser Botschaft.

Ungeachtet der oben genannten möglichen Motive wird übersehen, dass diese Reise viele inhärente Elemente der belarusischen Außenpolitik unter Lukaschenka widerspiegelt. Werden diese Merkmale ignoriert, gehen wichtige Erkenntnisse verloren, die eine umsichtigeren deutsche Außenpolitik gegenüber Belarus ermöglichen könnten. Indem diese Analyse auf Minsks bisheriges internationales Engagement verweist, nutzt sie Lukaschenkas Reise in den Nahen Osten und Nordafrika, um die Hauptmerkmale der aktuellen belarusischen Diplomatie hervorzuheben. Dazu gehören: (1) Außenpolitik als Instrument internationaler Anerkennung, (2) die Präferenz für einen personalistischen außenpolitischen Ansatz und (3) proaktive – oft disruptive – außenpolitische Initiativen, um international relevant zu bleiben.

Lukaschenkas MENA-Reise 2025/26 als Spiegelbild der außenpolitischen Ansätze Minsk

1. *Belarusische Außenpolitik als Legitimationsinstrument*

Aufgrund des staatlich gelenkten politischen Wettbewerbs im Inland (insbesondere während Wahlen) gestaltet sich der Legitimationsprozess in Autokratien deutlich komplexer als in Demokratien. Umso wichtiger ist es für Autokraten, dieses Legitimationsdefizit durch ihre Außenpolitik auszugleichen.

Im Falle von Belarus haben die manipulierten Präsidentschaftswahlen von 2020 und die darauf folgenden Repressionen dieses Legitimationsproblem verschärft. Viele westliche Staaten zogen ihre Botschafter*innen ab oder pflegten ihre Beziehungen zu Belarus nur noch über sogenannte *chargés d'affaires* (Geschäftsträger*innen). Aktuelle Beispiele hierfür sind Deutschland und Israel. Diese Situation ermöglicht es den jeweiligen Außenministerien, Lukaschenka nicht formell als Staatsoberhaupt von Belarus anzuerkennen, indem sie ihm kein Beglaubigungsschreiben überreichen, und gleichzeitig ihre diplomatische Präsenz in Belarus aufrechtzuerhalten.

Auch Lukaschenkas jüngste Auslandsreise mit ihren großspurigen Wirtschaftsversprechen reiht sich in das bekannte Muster ein, die belarusische Außenpolitik als Instrument der Legitimation zu nutzen. Wie in Oman, Algerien und Myanmar gab es auch während Lukaschenkas fast 32-jähriger Herrschaft nicht eingelöste Versprechungen über blühende zwischenstaatliche Wirtschaftsbeziehungen mit anderen Ländern (wie Argentinien, Kuba und Libyen). Jedoch ermöglichen solche Aktionen, erstens, das bereits erwähnte innenpolitische Signal, das solche Reisen senden, beizubehalten. Zumindest

bestärkt das Ausmaß, in dem die belarusische Staatspropaganda diese Reisen medial ausschlachtet, diese Annahme. Zweitens erlaubt es dem Regime, seine selbsternannte multivektorale Außenpolitik, die eine ausgewogene Außenpolitik zwischen den verschiedenen globalen Machtpolen anstrebt, zumindest formell aufrechtzuerhalten. Drittens will Minsk sowohl den Europäern als auch den Russen demonstrieren, dass es nicht vollständig von einem der beiden Märkte abhängig ist.

Beide zuletzt genannten Punkte sind auch aus völkerrechtlicher Sicht entscheidend. Sie eröffnen Belarus die Möglichkeit, sich in den Augen der Weltgemeinschaft als angeblich legitimen und autonomen »Global Player« darzustellen. Aufgrund eines sehr inflationären Sprachgebrauchs, insbesondere in der westlichen Medien- und Politiklandschaft, in dem Belarus fälschlicherweise immer wieder als »Vasall«, »Protektorat« oder fast schon als de facto »Föderationssubjekt« Russlands bezeichnet wird (wodurch unbewusst dem kremlschen politischen Narrativ zu seinem »nahen Ausland« in die Karten gespielt wird), können diese außenpolitischen Inszenierungen Minsks auch völkerrechtlich höchstrelevant sein. Im völkerrechtlichen Sinne muss ein politisches Gebilde drei Merkmale erfüllen, um als unabhängiger Staat angesehen zu werden: Es muss im Besitz eines (1) Staatsterritoriums und (2) eines Staatsvolkes sein, über das (3) eine Staatsgewalt ausgeübt wird. In vergangenen Zeiten wurde aus der Montevideo-Konvention von 1933 auch eine vierte Voraussetzung abgeleitet: die Fähigkeit, diplomatische Beziehungen zu anderen Staaten zu unterhalten. Unter Berücksichtigung dieser Aspekte kann Lukaschenkas MENA-Reise auch als großangelegtes Legitimationsprojekt angesehen werden, das nicht nur den eigenen Herrschaftsanspruch untermauern, sondern auch die Unabhängigkeit des belarusischen Staates hervorheben soll.

Wie dem auch sei, die erste analytische Schlussfolgerung aus Lukaschenkas MENA-Reise lautet, dass das Lukaschenka-Regime weiterhin nach politischer Legitimität strebt und hierfür auf außenpolitische Initiativen setzt (Element 1).

2. Die belarusische Außenpolitik als Ausdruck von Lukaschenkas Misstrauen gegenüber dem diplomatischen Berufsstand

Zwei zentrale Entwicklungen der belarusischen Außenpolitik seit Lukaschenkas Machtantritt 1994 sind die zunehmende Personalisierung der Außenpolitik durch Lukaschenka und die Beschneidung der Zuständigkeiten des belarusischen Außenministeriums. In den letzten Jahrzehnten hat sich das belarusische Außenministerium zunehmend zu einem Ministerium für Außenwirtschaft entwickelt. Dies erschwert die Erhebung qualitativer Forschungsdaten zur belarusischen Außenpolitik erheblich. Daher müssen Analysten und

politische Akteure Aussagen belarusischer Diplomaten mit äußerster Vorsicht begegnen. Nicht selten handelte Lukaschenka absichtlich im Widerspruch zu den öffentlichen Verlautbarungen seiner Diplomaten*innen.

Diese Entwicklung wurzelt in Lukaschenkas ausgeprägtem Misstrauen gegenüber dem diplomatischen Berufsstand und seinem selbstinszenierten Image als »Mann des Volkes« (das mit dem angeblichen bourgeoisen Lebensstil des Diplomatenstands kontrastiert). Ein Paradebeispiel ist der sogenannte »Drasdy-Konflikt« von 1998, in dem Lukaschenka die europäischen und amerikanischen Botschaften aus ihren Residenzen im Minsker Vorort Drasdy »vertrieb« und dort seine neue Präsidentenresidenz errichtete. Laut dem belarusischen Machthaber betrieben die Botschaften von diesem Standort aus Spionage gegen Belarus. Diese Haltung ist auch heute noch deutlich erkennbar. Bei einem Treffen mit den Leiter*innen der belarusischen Auslandsvertretungen am 31. Juli 2025 erklärte Lukaschenka offen:

»Verrat und Vetternwirtschaft, unter denen unser Außenministerium seit jeher leidet, haben hier keinen Platz. [...] Ich fürchte, sie existieren noch immer irgendwo. [...] Ich will ehrlich sein. Ich habe unsere Strafverfolgungsbehörden angewiesen: Jeder Verrat eines Mitarbeiters des Außenministeriums ... [kurzes Schweigen Lukaschenkas] ... ich will gar nicht erst laut aussprechen [welche Konsequenzen solche Verräter zu erwarten haben] (Übersetzung des Verfassers).«

Lukaschenkas jüngste Reise in den Nahen Osten unterstreicht dies zusätzlich. Er machte kein Geheimnis daraus, dass sein ältester Sohn, Wiktar Lukaschenka, und sein jüngster Sohn, Mikalaj Lukaschenka, an den Gesprächen mit dem omanischen Sultan Haitham bin Tariq al-Sa'id teilnahmen. Abgesehen von ihnen nahm kein belarusischer Diplomat an diesem Treffen teil, mit Ausnahme von Lukaschenkas persönlichem Übersetzer, Sjarhej Seljankewitsch – einem engen Vertrauten von Lukaschenkas ältestem Sohn Wiktar.

Interessanterweise zeigen insbesondere die Beziehungen von Belarus zu Oman, dass der belarusische Machthaber selbst anfällig für eine personalisierte Außenpolitik anderer Staaten ist. Dies wird besonders deutlich im fortgesetzten Einsatz des sogenannten »belarusischen Omanis«, Jamal Al Moosawi, durch Maskat. Der omanische Scheich Al Moosawi wurde in Russland als Sohn eines omanischen Vaters und einer belarusischen Mutter aus Retschyza, Belarus, geboren. Er studierte Kulturwissenschaften im Vereinigten Königreich und ist derzeit Generaldirektor des Nationalmuseums in Oman. Maskat nutzt den »belarusischen Omani« wiederholt als wichtigen Verbindungsmann zwischen dem Sultanat und Lukaschenka. Am 6. Oktober 2025, während eines früheren Besuchs Lukaschenkas im Oman, vereinbarte er mit den Omanis, dass Al Moosawi den Bau des neuen Nationalmuse-

ums für belarusische Geschichte in Minsk unterstützen sollte. Am 20. Dezember 2025 erschien Al Moosawi tatsächlich in Minsk, um die Projektplanung zu überwachen.

Dieses Unterkapitel liefert somit drei weitere wichtige Erkenntnisse zur Außenpolitik des Lukaschenka-Regimes: Die belarusische Diplomatie verfolgt einen personalisierten Außenpolitikansatz (Element 2). Insofern bevorzugt sie es, offizielle Kanäle zu umgehen, die üblicherweise über Institutionen wie das Außenministerium geführt werden (Element 3). Darüber hinaus ist Lukaschenka selbst anfällig für einen solchen außenpolitischen Ansatz seiner Partnerstaaten, da er dem diplomatischen Berufsstand zutiefst misstraut (Element 4).

3. Die belarusische Außenpolitik als Eindringling

Der Autor dieser Analyse hebt häufig den Vorteil hervor, sich bei der Analyse der Autokratien der postsowjetischen Region auf die Forschung zur (post-)sowjetischen organisierten Kriminalität (OK) und deren Funktionsweise zu stützen. Ähnlich wie Autokratien operieren auch OK-Gruppierungen innerhalb hochgradig hierarchischer Strukturen, in denen Informationsasymmetrien zwischen dem Anführer und seinem engsten Kreis fortbestehen. Diese analytische Linse ist hilfreich, um auf ein fünftes Element von Lukaschenkas Außenpolitik hinzuweisen:

Bereits seit der Zarenzeit pflegten die Mitglieder der russischsprachigen OKs nicht nur einen quasi-religiösen Kult um ihren Lebensstil, sondern entwickelten auch eine eigene Sprache, einen Jargon: die sogenannte »Fenja« («феня»). Innerhalb des reichen Vokabulars der »Fenja« könnte ein Jargonbegriff für die weitere Analyse hilfreich sein: »*Raswodjaschtschij*« («разводящий»). Es gibt keine direkte deutsche Übersetzung für dieses Wort. Der Begriff leitet sich jedoch vom russischen Wort »*raswod*« («развод») ab, das »Scheidung« oder »Trennung« bedeuten kann. Umgangssprachlich steht er auch für »Betrug«. Ein *Raswodjaschtschij* ist demnach jemand, der in Konfliktzeiten solche Trennungsakte vollzieht. Der betrügerische Aspekt sollte hierbei jedoch nicht unterschätzt werden, wie unten gezeigt wird.

Hochrangige Mitglieder oder der Anführer selbst übernehmen oft dieses »Amt«. Dieses Phänomen existiert bis heute inner- und außerhalb des postsowjetischen Straflagersystems. Die Hauptaufgabe dieses »Trenners« besteht darin, zwischen rivalisierenden Fraktionen innerhalb einer OK-Gruppe zu vermitteln. Die Rolle und die Logik dieses »Quasi-Richters« können jedoch weitaus komplexer sein als oft angenommen wird. Ein *Raswodjaschtschij* kann diese Rolle nutzen, um seine Position innerhalb seiner OK-Gruppe zu stärken. Da rivalisierende Fraktionen das offizielle Rechtssystem nicht in Anspruch nehmen können (weil die »Traditionalisten« im Gegensatz zu den »Reformisten« der russischsprachigen OK staatliche Autoritäten nicht anerken-

nen), stützen sie sich verstärkt auf ihren eigenen Kodex (die sogenannten »*Ponjatija*« («понятия»)). Folglich sind sie auf den *Raswodjaschtschij* angewiesen, um ihre internen Konflikte beizulegen. Diese Abhängigkeit verleiht dem »Schlichter« oft die Machtposition, im Konflikt das letzte Wort zu haben. Gleichzeitig genießt er im Hintergrund die Gunst beider Konfliktparteien, die häufig versuchen, den *Raswodjaschtschij* für sich zu gewinnen.

Ein *Raswodjaschtschij* mit ausgeprägter Machtaffinität beschränkt sich jedoch nicht nur auf laufende Konflikte. Er findet Wege – idealerweise unauffällig –, künstlich Konflikte zwischen den Fraktionen zu schüren und so die Abhängigkeit der rivalisierenden Flügel von ihm zu vertiefen. Anders ausgedrückt: Er schafft Probleme, um zu deren Lösung gebraucht zu werden. Dieselbe Vorgehensweise lässt sich auch auf autokratische Führer im Verhältnis zu ihren Eliten anwenden. Lukaschenka hat mehrfach bewiesen, dass er die Logik des *Raswodjaschtschij* auch auf internationaler Ebene anwenden kann:

Einerseits scheut Lukaschenka nicht davor zurück, in einem Konflikt auf beiden Seiten zu spielen und die Abhängigkeiten der Streitparteien von sich selbst in bestehenden Konflikten zu vertiefen. Nicht einmal Belarus' wichtigster Partner, Russland, ist vor Lukaschenkas Doppelspiel sicher. Neben der Unterstützung des ehemaligen Assad-Regimes mit Rüstungstechnologie während des syrischen Bürgerkriegs bestätigten veröffentlichte Recherchen des »Belarusian Investigative Centers« Ende 2024 die seit 2017 bestehenden Annahmen, dass Minsk auch syrische Rebellengruppen mit Waffen versorgte, die nicht nur gegen Assad, sondern auch gegen seine russischen Verbündeten kämpften.

Andererseits hat sich Lukaschenka nie verpflichtet gefühlt, auf eine formelle Einladung zur Mitwirkung an der Lösung aktueller internationaler Konflikte zu warten. Wie ein erfahrener *Raswodjaschtschij* lebt er nach einem anderen Mantra: Verspricht eine bestimmte politische Konstellation seinem Regime politische Vorteile, erscheint Minsk auch ohne Einladung bei der »Hochzeit«. Dadurch wird Lukaschenka zum Akteur in diversen politischen Geschehnissen und sichert sich einen Platz am Verhandlungstisch bei laufenden oder zukünftigen Konfliktlösungsprozessen. Lukaschenkas 32-jährige Herrschaft liefert zahlreiche Beispiele dieser Art. Diese Analyse beschränkt sich auf die jüngsten, aber immer noch am häufigsten vergessenen Beispiele:

Am 29. Juli 2020, wenige Tage vor der am 9. August 2020 in Belarus manipulierten Präsidentschaftswahl, wurden von belarusischen Sicherheitskräften 33 Söldner der russischen Söldnergruppe »Wagner« in Minsk festgenommen. Laut Lukaschenka bestand ihre Aufgabe darin, im Auftrag des Kremls die innenpolitische Lage in Belarus zu destabilisieren. Der Vorwand war vermutlich erfunden, was auf das tatsächlich sehr angespannte

Verhältnis zwischen Lukaschenka und Putin hindeutet. Dem niederländischen Recherchenetzwerk »Bellingcat« zufolge habe Lukaschenka in eine laufende geheimdienstliche Operation der Ukrainer eingegriffen. Angeblich versuchte Kyjiw, die Söldner, denen es Kriegsverbrechen im Donbass vorwirft, nach ihrem Zwischenstopp in Belarus in die Ukraine zu überführen und dort vor Gericht zu stellen. Kyjiw bemühte sich vergeblich, Minsk zur Auslieferung der Söldner zu bewegen. »Wagner-Gate« – wie dieser Vorfall oft im ukrainischen Diskurs bezeichnet wird – verschaffte Lukaschenka letztendlich Verhandlungsmasse gegenüber Kyjiw und Moskau.

Ein weiteres Beispiel im Zusammenhang mit der Wagner-Gruppe ist Lukaschenkas Vermittlerrolle während ihres Aufstands gegen den Kreml im Juni 2023. Ein Teil der Söldnergruppe wurde anschließend in belarussischen Wäldern stationiert und soll an der Ausbildung der belarussischen Streitkräfte beteiligt sein. Gleichzeitig demonstrierte Lukaschenka dem Kreml seine Schlüsselrolle bei der Problemlösung von hochsensiblen Sachverhalten in der russischen Innen- und Außenpolitik.

Erwähnenswert ist auch die künstlich herbeigeführte Migrationskrise an der belarussisch-polnischen Grenze im Winter 2021/22. Schließlich schuf Lukaschenka die politischen Umstände, unter denen die damalige deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel gezwungen war, zwei Telefongespräche mit dem international in Ungnade gefallenen belarussischen Autokraten zu führen, den die Europäische Union seit den manipulierten Wahlen von 2020 nicht als Präsidenten von Belarus anerkennt.

Demnach lässt sich auch die jüngste MENA-Reise des Lukaschenka-Regimes unter diesem Gesichtspunkt betrachten. Oman war und ist ein wichtiger Vermittler im andauernden Konflikt zwischen dem belarussischen Verbündeten Iran einerseits und den USA (und Israel) andererseits. Nach der erfolgreichen Tötung des iranischen Obersten Führers Ali Hosseini Khamenei durch Israel am 28. Februar 2026 empfing Lukaschenka am 4. März 2026 den iranischen Botschafter in Belarus, Alireza Sanei, in seiner Residenz. Während seiner Beileidsbekundung bezeichnete Lukaschenka Khamenei-Senior als »Humanisten«. Diese Sentimentalitäten in Richtung Teheran hielten Lukaschenka während des Besuchs des amerikanischen Sondergesandten für Belarus, John Cole, in Minsk am 19. März 2026 nicht davon ab, den Amerikanern seine »Vermittlungsdienste« im wieder entfalteten Iran-Krieg anzubieten. Zugleich betonte er am darauffolgenden Tag die Vermittlungsrolle seines jüngsten Gastlandes, des Oman, was erneut den proaktiven Charakter von Lukaschenkas letzter MENA-Reise hervorhebt. Bemerkenswert ist zudem, dass die Regierungskonsultationen von Lukaschenkas ältestem Sohn Wiktar am 27. Januar 2026 in Abu Dhabi nur einen Tag nach dem Ende der von den USA und den Vereinigten

Arabischen Emiraten vermittelten »Friedensgespräche« zwischen der Ukraine und Russland stattfanden (24.–26. Januar 2026), die ebenfalls in Abu Dhabi abgehalten wurden. Seit der zweiten russischen Invasion in die Ukraine im Februar 2022 – bei der Minsk dem Kreml logistische Unterstützung leistete – hat Lukaschenka wiederholt betont, dass jede Neuverhandlung über eine europäische Sicherheitsordnung die aktive Beteiligung Belarus' erfordern müsse. Für Minsk ist es von entscheidender Bedeutung, Sicherheitsgarantien zu erhalten – nicht nur von der NATO und einer kampferprobten Ukraine, sondern auch vor jeglichen zukünftigen Expansionsbestrebungen des Kremls, die sich auch gegen Belarus richten könnten.

In diesem Zusammenhang identifiziert die Analyse ein fünftes Element der belarussischen Außenpolitik unter Lukaschenka: Das Lukaschenka-Regime wartet nicht auf eine formelle Einladung, um sich in globale politische Angelegenheiten einzumischen. Falls nötig, verschafft es sich selbst Zugang zu laufenden internationalen Verfahren, um politisch relevant und involviert zu bleiben – oft zum Nachteil der eigentlichen Konfliktparteien wie es beispielsweise »Wagner-Gate« gezeigt hatte (Element 5). Es wäre jedoch voreilig anzunehmen, dass diese Strategie immer zum Erfolg führt: Ein *Raswodjaschtschij* vergisst leicht, dass unvorhergesehene Ereignisse (sogenannte »Black Swans«) die eigenen Pläne durchkreuzen können, oder dass das strategische »Wegschauen« von den scheinbar verdeckten Machenschaften des *Raswodjaschtschij* durch andere involvierte Akteure nicht grenzenlos ist. In diesem Lichte können die Äußerungen des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj am 23. Februar 2026 für das belarussische Exilmedium »Zerkalo« gedeutet werden. Nach mehrjähriger diplomatischer Zurückhaltung gegenüber dem Koaggressor Belarus deutete Selenskyj dort nun immer wieder indirekt an, dass das belarussische Regime mit seinem erneuten antiukrainischen Verhalten in den letzten Monaten (Stationierung russischer Oreschnik-Raketensysteme auf belarussischem Territorium) ganz Belarus einem »großen Risiko« aussetze.

Fazit

Diese Analyse untersuchte die jüngste Nahostreise des Lukaschenka-Regimes im Winter 2025/26. Anhand von Beispielen aus vergangenen Interaktionen zwischen Minsk und der internationalen Gemeinschaft wurde aufgezeigt, wie Lukaschenkas MENA-Reise dem bekannten Muster seiner außenpolitischen Ansätze folgt. Die Analyse identifizierte fünf Hauptmerkmale (Elemente) der Außenpolitik des Lukaschenka-Regimes, die als Anlaufpunkt für eine zielgerichtetere deutsche Außenpolitik gegenüber Belarus dienen können:

- Element 1: Das Lukaschenka-Regime setzt auf Außenpolitik, um seine Defizite an politischer Legitimität auszugleichen.
- Element 2: Die belarusische Diplomatie verfolgt einen personalisierten außenpolitischen Ansatz, der auf den belarusischen Machthaber zugeschnitten ist und vorzugsweise von ihm oder seinen Familienmitgliedern eigenständig umgesetzt wird.
- Element 3: Lukaschenka bevorzugt es, offizielle Kanäle zu umgehen, die normalerweise über Institutionen wie das Außenministerium geführt würden.
- Element 4: Gleichzeitig ist Lukaschenka selbst anfällig für einen solchen außenpolitischen Ansatz seiner Partnerstaaten, da er dem diplomatischen Berufsstand zutiefst misstraut.
- Element 5: Das Lukaschenka-Regime wartet nicht auf eine formelle Einladung, sich in globale politische Angelegenheiten einzumischen. Wenn nötig, schafft es sich selbst einen »Zugang«, um international präsent und relevant zu bleiben – oft auf Kosten der eigentlichen Konfliktparteien.

Diese Analyse ist eine gekürzte und aktualisierte Version von: Ginzburg, Boris (2026): How to Attend a Wedding Even Without an Invitation: Lukashenka's Middle East Tour And Its Meaning for Israel (and Europe). In PSCR-P-BESA Reports (Begin-Sadat Center for Strategic Studies). Online: <https://besacenter.org/how-to-attend-a-wedding-even-without-an-invitation-lukashenkas-middle-east-tour-and-its-meaning-for-israel-and-europe/>

Über den Autor

Boris Ginzburg ist Doktorand im Fach Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin. In seiner Dissertation untersucht er am Beispiel von Belarus, wie autokratische Regime in ihren Beziehungen zu ihren Sanktionssendern politische Signalstrategien einsetzen, um die Aufhebung dieser Restriktionen zu erreichen. Boris Ginzburg studierte Politikwissenschaft, Völkerrecht und internationale Konfliktanalyse an der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) in München, an der Freien Universität Berlin und an der University of Kent in Canterbury (Großbritannien). Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören die Autoritarismusforschung, die organisierte Kriminalität aus/in dem postsowjetischen Raum, die nicht-systemischen Oppositionsbewegungen Russlands und Belarus' sowie die Außen- und Sicherheitspolitik Israels.

Lesetipps / Bibliographie

- Ginzburg, Boris (2026): The 'Don't Lose Lukashenko' Approach: Kyiv's (Non-)Strategic Ambiguity Towards the Belarusian Opposition. In PONARS Eurasia Policy Memo No. 960 (Institute for European, Russian and Eurasian Studies (IERES) at the George Washington University's Elliott School of International Affairs): Online: <https://www.ponarseurasia.org/the-dont-lose-lukashenko-approach-kyivs-non-strategic-ambiguity-toward-the-belarusian-opposition/>
- Ginzburg, Boris (2026): Why Lukashenka Plays the Anti-Putin Card. ZOiS Spotlight 4/2026 (Centre for East European and International Studies (ZOiS)). Online: <https://www.zois-berlin.de/en/publications/zois-spotlight/why-lukashenka-plays-the-anti-putin-card>
- Ginzburg, Boris (2025): Signal Transmission versus Signal Detection: Lukashenka's Prisoner Diplomacy. In Belarusian Analytical Digest 002. Online: https://css.ethz.ch/publikationen/belarus-analytical-digest/details.html?id=/n/o/0/0/no_002_state_repression_in_belarusnr_002

Hinweis auf die Online-Chronik

Der aktuelle Teil sowie die gesamte Chronik für Belarus ab dem 14.03.2011 ist verfügbar auf der Seite der Länder-Analysen (<https://www.laender-analysen.de>) unter dem Reiter »Chronik« oder direkt unter <https://www.laender-analysen.de/belarus-analysen/chronik?c=belarus&i=1>.

Die Chronik der Belarus-Analysen wird zusammengestellt aus Meldungen des Telegram-Nachrichtenkanals »@pozirkonline« (ehemals »naviny.by«).

Die Redaktion der Belarus-Analysen

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Olga Dryndova (verantwortlich)
Sprachredaktion: Hartmut Schröder
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Margarita Balmaceda, Seton Hall University / Harvard University
Prof. Dr. Heiko Pleines, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Dr. Astrid Sahn, IBB Dortmund
Dr. Olga Shparaga, Institut für die Wissenschaften vom Menschen, Wien

Die Meinungen, die in den Belarus-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Belarus-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de
ISSN 2192-1350 © 2026 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/belarus>



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen



Polen-Analysen



Russland-Analysen



Ukraine-Analysen



Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

In deutscher Sprache zu Belarus, Polen, Russland, Ukraine und Zentralasien

Kostenloses Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>



In englischer Sprache zu Belarus, dem Kaukasus, Moldova, Russland, Ukraine und Zentralasien

Kostenloses Abonnement unter:

<https://css.ethz.ch/en/publications/eastern-europe-analytical-digest-series.html>

